



Petra Merkel, MdB **Newsletter *** Newsletter *** Newsletter**

— **Ausgabe: 07/2008**

Aus dem Inhalt:

- Wohngelderhöhung
- Mindestlohn
- Bundeshaushalt 2009
- Integrationswoche 2008

— **Aus dem Bundestag**

Das Parlament tagt im Moment nicht – trotz der plenarfreien Zeit geht die Arbeit weiter.

WOHNGELD WIRD ERHÖHT

Der Bundesrat hat Anfang Juli den Vorschlägen des Vermittlungsausschusses zum Wohngeld zugestimmt. Damit kann nun endlich die dringend notwendige Anpassung des Wohngeldes an die stark gestiegenen Wohnkosten wie geplant zum Jahresbeginn erfolgen. Das Wohngeld ist ein Erfolg der SPD-Bundestagfraktion. Wohnen muss Sicherheit bieten – auch für bedürftige Menschen. Deshalb setzen wir mit den erreichten Verbesserungen ein deutliches Zeichen.

Durch die Reform erhöht sich das Wohngeld für die jetzigen Wohngeldbezieher von derzeit im Durchschnitt rund 90 auf rund 140 Euro pro Monat. Rund 70.000 Haushalte werden zusätzlich wohngeldberechtigt. Insgesamt erhalten rund 800.000 Haushalte, davon etwa 300.000 Rentnerhaushalte, mehr Wohngeld.

Neu eingeführt wird eine Heizkostenkomponente, um den starken Anstieg der Heizkosten um fast 50 Prozent seit der letzten Wohngeldanpassung 2001 sozial abzufedern. Die für die Berechnung des Wohngeldes maßgebliche Miete setzt sich künftig zusammen aus der anrechenbaren Bruttokaltmiete und einer nach der Haushaltsgröße gestaffelten Heizkostenkomponente. Als Beispiel: ein Ein-Personen-Haushalt erhält 24 Euro, ein Zwei-

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

Personen-Haushalt 31 Euro. Die Heizkostenkomponente macht damit bis zu ein Drittel des Wohngelds aus. Damit ist gewährleistet, dass ein Anreiz zum sparsamen Umgang mit Heizenergie erhalten bleibt. Weitere Elemente der beschlossenen Leistungsverbesserungen im neuen Wohngeldgesetz sind die Zusammenfassung der bisher vier Baualtersklassen auf Neubauniveau sowie die Erhöhung der Miethöchstbeträge und Tabellenwerte. Im Herbst wird das Bundesbauministerium eine Broschüre zum neuen Wohngeld herausgeben.

KABINETT BESCHLIEßT MINDESTLOHN

Das Bundeskabinett hat letzten Mittwoch Gesetzentwürfe zur Neufassung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes beschlossen. Damit wird die Vereinbarung der Koalition umgesetzt, weitere Branchen-Mindestlöhne zu ermöglichen. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz sprach in Berlin von einem "guten Tag" für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Grundlage für Mindestlöhne beim Entsendegesetz seien Tarifverträge, die repräsentativ sein müssten.

Die Gesetzesentwürfe setzen die Einigung der Regierungskoalition vom 18. Juni 2007, weitere Branchen-Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und über das Mindestarbeitsbedingungengesetz zu ermöglichen, um.

Das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** bietet einen Rechtsrahmen, um tarifvertragliche Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einer Branche verbindlich zu machen, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. Es wird durch die Neufassung klarer und verständlicher gestaltet. Inhaltlich haben sich im Wesentlichen folgende Änderungen ergeben:

- Wird von einer neu aufgenommenen Branche erstmals ein Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages gestellt, so ist mit diesem Antrag zunächst der Tarifausschuss zu befassen.

Dieser erhält Gelegenheit, über die Branche hinausgehende Erwägungen in den Entscheidungsprozess mit einzubringen.

- Für den Fall konkurrierender Tarifverträge in einer Branche werden dem Verordnungsgeber im Gesetz selbst Abwägungskriterien vorgegeben.
- Ferner wird klargestellt, dass die Mindestlohntarifverträge ausnahmslos für alle in- und ausländischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verbindlich sind. Damit wird gleichzeitig den Vorgaben des europäischen Rechts Rechnung getragen.

Der Koalitionsausschuss hatte sich ferner darauf verständigt, Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 % das Angebot zu unterbreiten, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden und tarifliche Mindestlöhne zu vereinbaren. Voraussetzung ist ein gemeinsamer Antrag von Tarifvertragsparteien der betreffenden Branche. Über die Aufnahme dieser Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird im weiteren Verfahren entschieden. Der Koalitionsausschuss hat hierzu eine Koalitions-Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundesminister Olaf Scholz eingesetzt. Die Branchenerweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist daher nicht Gegenstand des Kabinettsbeschlusses.

Das **Mindestarbeitsbedingungengesetz** soll nach seiner jetzigen Modernisierung für die Wirtschaftszweige gelten, in denen die tarifgebundenen Arbeitgeber eines Wirtschaftszweiges bundesweit weniger als 50 % der unter den Geltungsbereich aller Tarifverträge fallenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigen.

Ein dauerhaft einzurichtender Hauptausschuss prüft, ob in einem Wirtschaftszweig soziale Verwerfungen vorliegen und entscheidet, ob in diesem Wirtschaftszweig Mindestarbeitsentgelte festgesetzt, geändert oder aufgehoben werden sollen. Trifft der Hauptausschuss die Entscheidung, dass in einem Wirtschaftszweig Mindestarbeitsentgelte festgesetzt werden sollen, wird ein Fachausschuss gebildet. Der Fachausschuss legt die konkrete Höhe des jeweiligen Mindestlohns anhand vorgegebener Kriterien durch Beschluss fest. Die Bundesregierung kann auf Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die vom Fachausschuss festgesetzten Mindestarbeitsentgelte als Rechtsverordnung erlassen. Die Rechtsverordnung kann befristet werden.

Die festgesetzten Mindestarbeitsentgelte sind für alle in- und ausländischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zwingend und unabdingbar. Aus Gründen des Vertrauensschutzes gehen zu einem Stichtag bestehende Tarifverträge nach dem Tarifvertragsgesetz für die Zeit ihres Bestehens den festgesetzten Mindestarbeitsentgelten vor. Tarifverträge, mit denen die Tarifvertragsparteien diese ablösen, genießen ebenfalls Vorrang.

HAUSHALT 2009

Das Bundeskabinett hat am 2. Juli den vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegten Entwurf zum Bundeshaushalt 2009 und die Finanzplanung des Bundes bis 2012 beschlossen. Erstmals seit 1969 wird der Bund ab 2011 keine neuen Schulden mehr machen. Die „Null“ steht und zwar nicht nur im Jahr 2011, sondern auch im Jahr darauf.

Gleichzeitig werden auch in den kommenden Jahren in allen wesentlichen Politikfeldern Akzente gesetzt. So steigen z.B. die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden vier Jahren um zusätzlich 3,2 Mrd. Euro. Zusätzliche Mittel stärken den Forschungs- und Entwicklungsbereich. Ab 2009 stehen hierfür jeweils weitere 450 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung ist inzwischen ein zentrales Markenzeichen der Finanzpolitik der Bundesregierung geworden. Ein Wermutstropfen: Nach wie vor sind jährlich rund 42 Mrd. Euro an Zinsen für die Altschulden zu zahlen. Geld, das nicht für Zukunftsinvestitionen wie Bildung und Betreuung, Integration oder Forschung zur Verfügung steht. Auch deshalb ist es so wichtig, dass 2011 und 2012 „die Null“ steht – d.h. keine neuen Schulden aufgenommen werden.

Finanzpolitische Kennziffern verbessern sich weiter

Seit 2006 ist es gelungen, die Nettoneuverschuldung des Bundes drastisch zurückzuführen. Die Erfolge bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen zeigen sich auch in der Verbesserung ausgewählter volks- und finanzwirtschaftlicher Kennziffern. So sinkt z.B. das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum Bruttoinlandsprodukt von 11,3% im laufenden Jahr auf 10,6% im Jahr 2012. Auch die Staatsquote – die die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden und der Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt darstellt – entwickelt sich weiter rückläufig. Sie wird in diesem Jahr etwa 43 ½ % betragen und damit rund 6 Prozentpunkte niedriger sein als zu ihrem Höchststand im Jahr 1996.

ENERGIE

Ein Thema, das in diesem Sommer das sogenannte „Sommerloch“ zu füllen scheint, ist die Diskussion über den Atomausstieg. Die steigenden Energiepreise bringen die Kernkraft wieder ins Spiel: Ich möchte hier Aussagen meines Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck zitieren:

„Allheilmittel gibt es nicht in der Politik. Auch die Kernenergie ist keins, selbst wenn Union und FDP, vor allem die CSU, uns das weismachen wollen. Die Argumente, die 2001 für den Ausstieg gesprochen haben, gelten 2008 genauso. Die Sorgen, die uns der Klimawandel und die steigenden Energiepreise bereiten, ändern daran gar nichts. Deshalb hält die SPD am Ausstieg aus der Atomkraft fest. Weiterhin auf hochriskante Technologien zu setzen, ist mehr Bedrohung denn Rettung. Je länger die Kernkraftwerke angeschaltet bleiben, desto länger sind wir auch dem Risiko eines ernststen Störfalles ausgesetzt. Die kleineren Zwischenfälle der vergangenen Monate sollten uns da eine Mahnung sein. Längere Laufzeiten türmen auch immer mehr radioaktiven Müll auf die ohnehin schon hohen Berge von Altlasten. Schon jetzt weiß niemand so recht, wohin damit. Der Müll bleibt ein Problem, solange er strahlt. Wir kippen es den kommenden Generationen einfach vor die Füße. Weiterzumachen wäre völlig verantwortungslos.“

Atomenergie ist missbrauchbar: Die Terroristen dieser Welt reiben sich die Hände, wenn wir weiter radioaktives Material produzieren. Denn in den falschen Händen lässt sich Kernenergie auf verheerende Weise gegen uns oder die übrige Welt einsetzen.

Wissenschaft und Industrie sind mit zukunftssträchtigen Konzepten auf einem guten Weg hin zu innovativer Energieerzeugung und effizienter Nutzung. Sie mit einem Schritt zurück auszubremsen, wäre fahrlässig: Investitionen in Erneuerbare Energien würden zurückgehen, unsere Wettbewerbsfähigkeit würde sinken, Energie sparen würde von einer akzeptierten Pflicht wieder zur lästigen Öko-Kür.

Der Atomstrom als Preisdrücker ist außerdem ein Märchen. Unabhängig von längeren Laufzeiten gingen die Energiepreise weiter nach oben, prophezeite jüngst EnBW-Chef Hans-Peter Villis. Umso sinnloser ist da der Kurs der (Markt-)Liberalen von der FDP, denn eine verlängerte Atom-Ära bedeutet weniger Wettbewerb, Konzentration auf die wenigen großen Kraftwerksbetreiber und damit weniger Mittelstand.

Am Atomausstieg festzuhalten, ist keine blinde Prinzipienreiterei, sondern pragmatische Politik. Energiesicherheit ist eine riesige Herausforderung der Gegenwart und vor allem der Zukunft. Ihr mit uninspirierten Lösungen vergangener Jahrzehnte zu begegnen, wird nicht funktionieren.“

Merken Sie sich schon mal den 19. September 2008 vor. Dann werde ich in der Goethe80 eine neue Ausstellung eröffnen, die sich dem Thema Energiesparen widmet. Insbesondere möchte ich in dieser Ausstellung zeigen, was jeder Einzelne tun kann, um Energie im Alltag zu sparen!

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

SOMMERGESPRÄCHE 2008

Teil meiner Sommergespräche 2008 ist, neben den Ständen auf Wochenmärkten, der Gesprächsrunde mit Innungsvertretern und anderem, auch die Integrationswoche.

INTEGRATIONSWOCHE 2008

In der ersten Septemberwoche veranstalte ich erstmalig eine Integrationswoche. Schon 2007 habe ich einen Integrationstag durchgeführt und in meinem Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf Projekte und Einrichtungen besucht, die sich dem Thema Integration widmen. Schwerpunkt im letzten Jahr lag dabei auf Migration und Pflege und Altwerden gerade auch von Migranten. Die Resonanz auf diesen Tag war sehr gut. Deshalb widme ich nun direkt eine ganze Woche diesem Thema - als INTEGRATIONSWOCHE 2008. Ich besuche vom 1. bis 5. September 2008 Projekte in Charlottenburg-Wilmersdorf, die sich – jeweils auf ganz spezielle Art und Weise - mit dem Thema Integration auseinandersetzen. Integration umfasst viele Bereiche unseres Lebens, und Menschen fallen, aus ganz verschiedenen Gründen, aus einer Gemeinschaft, einem sozialen Netz heraus oder werden ausgegrenzt. Begleitet werde ich dabei von Kolleginnen und Kollegen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus und dem Bezirksstadtrat Reinhard Naumann.

Als erstes werde ich, gemeinsam mit Ülker Radziwill, MdB, das Projekt **NACHSCHLAG** des Vereins **abw – arbeit, bildung und wohnen e.V.** besuchen. **NACHSCHLAG** ist sozusagen die Schule der zweiten Chance für Schulabbrecher/innen, für junge Leute mit Sucht- und Delinquenzproblemen, für Lernbeeinträchtigte sowie für Jugendliche mit Sprachproblemen.

Als nächstes werde ich mich vor Ort über die Arbeit der **Drogenhilfe Tannenhof Berlin e.V.**, informieren, die 1979 gegründet wurde. Ein Team aus Ärzten, Psychologen und Sozialpädagogen kümmert sich um Menschen mit Suchtproblemen. Seit 1982 umfasst das Therapieangebot auch suchtkranke Mütter und Väter, die mit ihren (süchtigen) Kindern gemeinsam eine Therapie anstreben.

Bei meiner dritten Station werde ich das Projekt **wellcome** besuchen, begleitet von Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Bildung und Sport in Charlottenburg-Wilmersdorf und Stefanie Winde, MdB. Das Projekt **wellcome-Charlottenburg** wurde im April dieses Jahres vom Verein **Geburt und Familie e.V.** eröffnet - ein anerkannter gemeinnütziger Träger der Jugendhilfe in Berlin. **Wellcome** ist eine wichtige Ergänzung im Netzwerk von Hebammen, Kliniken und Jugendamt und steht den oft jungen Familien in Überlastungssituationen zur Seite. **Wellcome** bindet seine Stützpunkte an bestehende Einrichtungen professioneller Kinder- und Jugendhilfe an.

Abschließend besuche ich – gemeinsam mit Reinhard Naumann und Christian Gaebler, MdB - die **Finkenkrug-Schule** – eine Grund- und Oberschule mit dem Förderschwerpunkt: „Geistige Entwicklung“. Durch eine stark individuelle Förderung und einen leistungsdifferenzierten Unterricht lernen Schülerinnen und Schüler größtmögliche Selbstständigkeit in allen lebenspraktischen Bereichen und haben eine Chance auf Integration in die Gesellschaft.

Dies & Das

Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden

Der Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk wurde 1997 in Dresden gegründet. Gründungssprecher war Hans-Jochen Vogel. Seit 2007 ist Peter Struck neuer Sprecher. Der Freundeskreis hat über 500 Mitglieder in Sachsen und im gesamten Bundesgebiet. Die Beträge werden angespart, um möglichst bald das grundlegende Ziel verwirklichen zu können: ein Haus für die demokratische politische Bildung und die Sozialdemokratie in Sachsen.

Das Bildungswerk will die Bürgerinnen und Bürger zur Übernahme von Verantwortung in unserer Gesellschaft ermutigen und befähigen. Dazu führt es Wochenendseminare, Tagungen und Diskussionsveranstaltungen durch. Wer die Arbeit des Freundeskreises unterstützen möchte, kann Mitglied werden (pro Jahr 64 Euro, steuerlich absetzbar, gering Verdienende können ihren Betrag auf bis zu 16 Euro absenken.)

Informationen über <http://www.wehnerwerk.de> oder
Neue Gesellschaft Sachsen e.V., Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kamenzer Straße 12, D-01099 Dresden
Telefon: (03 51) 80 40 220 oder 2 16 70 91; Telefax: (03 51) 80 40 222; E-Mail:
info@wehnerwerk.de

Termine

SOMMERGESPRÄCHE 2008

Sie finden mich auch diesen Sommer wieder auf Wochenmärkten mit meinem Infostand in der Zeit von 10 bis ca. 12 Uhr. Die ersten Stände waren ein großer Erfolg und fanden überwiegend gute Resonanz – die nächsten Infostände finden statt:

- 08. Aug. 2008 – Nestorstraße, gemeinsam mit der Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen
- 11. Aug. 2008 – Charlottenbrunner Straße, mit Felicitas Tesch, MdA
- 13. Aug. 2008 – Prager Platz, gemeinsam mit Monika Thiemen und dem Bezirksstadtrat Reinhard Naumann
- 26. Aug. 2008 – Preußenallee, mit Christian Gaebler, MdA
- 02. Sep. 2008 – Klausenerplatz, mit Ülker Radziwill, MdA

Kommen Sie doch vorbei, um mit mir zu sprechen!

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 8. August 2008, im Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.